

Coronavirus Demonstrationen geben dem Pandemie-Krisengipfel in Berlin einen Rahmen



Die Veranstaltungsbranche hat sich zusammengetan und in Berlin auf die vielfach existenzbedrohende Lage gut sichtbar hingewiesen.

Foto: AFP/John McDougal

Eisenmann in der Corona-Falle



Für die Spitzenkandidatin ist das Kultusministerium in der Pandemie mehr Bürde als Chance. Von Reiner Ruf

Die Spitzenkandidatur von Susanne Eisenmann für die Landtagswahl begleitet von Anfang an die Frage, ob das Amt der Kultusministerin für eine solche Aufgabe nicht zu viel Ärger mit sich bringe. Die Antwort der CDU-Politikerin lautet sinngemäß, wo es viel zu verlieren gebe, sei auch viel zu gewinnen. Damit knüpft sie an ihre zentrale Wahlkampfzählung an: die Geschichte der tatkräftigen, zukunftsweisenden Herausforderin eines wägenden, aber nicht handelnden Ministerpräsidenten. Dynamik gegen Beharrung – das ist ihr Leitmotiv.

Doch wie sich jetzt herausstellt, verfährt diese Botschaft beim Publikum wenig, jedenfalls nicht auf Eisenmanns zentralem Handlungsfeld: der Schulpolitik. Über Wirtschaft oder innere Sicherheit mag sie sagen, was sie will. Zeigen, dass sie was kann, muss sie in der Bildungspolitik. Genau das aber ist der Sektor, der nach dem Befund der Allensbach-Demoskopen deutlich schlechter bewertet wird als das Regierungshandeln insgesamt.

Dabei ist sorgfältig abzuschichten, wo die Unzufriedenheit Eisenmann zu Recht trifft – und wo nicht. Die schlechten Noten für das Krisenmanagement allein der Ministerin an die Backe zu kleben, würde zu kurz greifen. In wenigen Politikbereichen sind die Erwartungen so groß wie bei den Schulen. Es herrscht ein konkurrenzgetriebener Optimierungszwang. Der Pisa-Schock vor 20 Jahren hat in der Elternschaft eine Überbesorgnis ausgelöst, die in der schulischen Praxis bis in die erste Phase der Corona-Krise hinein auf eine nicht durchgängige, aber verbreitete Grundbräsigkeit traf. Beides ergab ein ungutes Gemisch. Jetzt setzt die Pandemie das Schulsystem in bisher noch nie da gewesener Weise unter Stress.

Eine solche Subjektivierung der Unzufriedenheit soll aber nicht den Blick auf die objektiven Defizite versperren, von denen manche schon lange da sind und in der Corona-Krise nur krasser sichtbar werden. Unterrichtsausfall und Lehrermangel begleiten die Schulpolitik wie hungrige Löwen die Antilopenherde. Zu viele Schulen und zu viele Lehrer haben in der Corona-Krise kein gutes Bild abgegeben. Es braucht mehr Kompetenzen vor Ort: fürs Personal und fürs Geld. Schulen mit mehr Verantwortung müssen selbstständiger handeln. Für die großen Fragen wie die Lehrerversorgung hingegen trägt das Kabinett mit dem Ministerpräsidenten eine Gesamtverantwortung. Da geht es um viel Geld, um Personalkosten und Pensionslasten, vor allem um die Prioritäten, die eine Regierung setzt. Die Bildung gehört gewiss dazu.

Zuzurechnen ist der Kultusministerin indes folgender Befund: Der auch von ihr beschworene Digitalisierungsschub durch Corona hat die Schulen nur begrenzt erreicht. Das trifft besonders sozial benachteiligte Schüler, die es in Baden-Württemberg ohnehin schwer haben. Die Digitalisierung ersetzt keine Bildung, aber sie ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Wobei auch die Kommunen als Schulträger in der Pflicht stehen. Geld ist vorhanden, Bund und Land haben in mehreren Finanzierungsrunden viel davon bereitgestellt. Da muss Eisenmann nachlegen, denn wo sie als Kultusministerin durchfällt, wird sie auch als Spitzenkandidatin nicht leicht Vertrauen finden.

Die Kanzlerin macht trotzdem dicht

Angela Merkel setzt ihren Corona-Kurs mit harten Einschnitten durch. Von Christopher Ziedler, Katja Bauer und Bernhard Walker

Angela Merkel verbringt den Nachmittag im Lagezentrum des Bundeskanzleramts. Das passt, da sich die Corona-Krisenlage so zugespitzt hat, dass dringender Handlungsbedarf besteht; 14.964 Neuansteckungen sind am Vormittag gemeldet worden, fast dreimal so viele wie vor zwei Wochen. In dem abhörsicheren Raum schaltet sich die Kanzlerin mit den Regierungschefs der Länder per Video zusammen – wie so oft in den vergangenen Pandemie Monaten, nun aber sollen am Ende der Sitzung drastische Einschnitte ins öffentliche Leben stehen. Ziel ist, dass es Weihnachten wieder besser geht und die Kurve der Neuansteckungen wieder abflacht – wie im Frühjahr.

Nichts liegt den Ministerpräsidenten und Merkel mit ihrem sorgenzerfurchten Gesicht in diesem Moment wohl ferner als der Gedanke an unbeschwerte Feste, Theaterabende oder Berliner Nächte voller Lebenslust. All das wirkt unendlich weit weg an diesem auch meteorologisch eher düsteren Tag.

Ein Autocorso fährt nicht weit am Kanzleramt vorbei in Richtung Brandenburger Tor. Was wird aus uns? Wie soll es weitergehen? Welche Ideen habt ihr nach acht Monaten Corona-Krise? Das sind die Fragen der Barleute, Discjockeys, Messebauer, Hochzeitsfotografen, Clubbetreiber und Veranstaltungstechniker, die aus ganz Deutschland angereist sind, um an diesem wohl denkwürdigen Tag ihren Protest an den Ort der Entscheidung zu tragen. Alarmstufe Rot herrscht für ihre Betriebe und für Soloselbstständige aus jenem weiten Feld, das sich so schnöde „Kultur- und Veranstaltungssektor“ nennt.

Alle sind sie sorgsam darauf bedacht, Maske zu tragen und Abstand zu halten. Man will zeigen, dass die Menschen aus

dem Unterhaltungsgewerbe Hygienekonzepte so umsetzen können, dass nicht alles dichtgemacht werden muss. Tom Kopersek, einer der Organisatoren des Bündnisses, kritisiert auf einer Pressekonferenz Merkel und die Ministerpräsidenten, die es in acht Monaten nicht geschafft hätten, auch nur ansatzweise Lösungen zur Rettung des sechstgrößten Wirtschaftszweigs der Republik zu entwickeln, da die 2,9 Millionen Veranstaltungen des Vorjahres wie ein ferner Traum wirken.

Etliche Prominente sind mit dabei, Campino, Leadsänger der Toten Hosen, Kabarettist Didi Hallervorden und auch Schlagersänger Roland Kaiser. Er höre von immer mehr Kollegen, sie könnten nicht mehr durchhalten: „Eine trockengefallene Pflanze kann man wässern. Einen abgebrochenen Ast klebt man aber nicht wieder an. Der ist ab, und der bleibt ab.“

Im Kulturbereich und bei anderen Veranstaltern herrscht Alarmstufe Rot.

Monatsfrist noch Panikmache vorgeworfen, weil sie eine Modellrechnung mit täglich 19.200 Corona-Fällen vor dem Christfest präsentierte, sehen nun auch die anderen politischen Entscheidungsträger, dass selbst Merkels Worst-Case-Szenario rückblickend zu konservativ gerechnet war. In der Sitzung vor gerade einmal zwei Wochen ließen die Ministerpräsidenten sie noch auflaufen, weshalb die Kanzlerin „Unheil“ auf das Land zukommen sah und Teilnehmern zufolge frustriert feststellte: „Es reicht einfach nicht, was wir hier machen.“ An diesem Mittwoch, so ist aus der Sitzung zu hören, folgen ihr die Länderchefs. Auch sie bewerten die Lage nun so

ernst, wie das Merkel schon länger tut. In ihrem Umfeld wird betont, nichts Strategisch-Taktisches habe Merkels düstere Kommunikation der vergangenen Wochen geprägt, sondern allein ihre Sorge vor überfüllten Krankenhäusern und langfristig noch viel größeren gesellschaftlichen Schäden, wenn nicht gegengesteuert wird. „Sie sieht es als ihre Pflicht an, die Menschen zu warnen“, heißt es, „wir steuern auf schwere Monate zu.“ Geärgert hatte sich die Kanzlerin, weil die Länderchefs aus ihrer Sicht erst einmal vor unpopulären Entscheidungen zurückgeschreckt sind. Aber Merkel wäre nicht Merkel, hätte sie sich davon beeindruckt lassen. Sie drängte weiter – „hoch konzentriert, nicht frustriert-passiv“ heißt es im Kanzleramt, „fleißig, beharrlich“ aus einer Staatskanzlei.

Am späten Mittwochmittag hat sie sich durchgesetzt – doch der Reihe nach: Merkels Beschlussvorlage, von Kanzleramtschef Helge Braun verfasst, trudelt am späten Dienstagabend, kurz vor Mitternacht, in den Regierungszentralen der Bundesländer ein. Sie hat es in sich: Im November soll Deutschland wieder dichtmachen, um die zweite Welle von Ansteckungen zu brechen. Feiern verboten, Tourismus auch, Restaurants geschlossen, „Institutionen und Einrichtungen, die der Freizeitgestaltung zuzuordnen sind, werden geschlossen“, ist da zu lesen. Schluss mit lustig, im wahrsten Sinne des Wortes.

In den Landeshauptstädten ist die Nacht zum Tage geworden. In Stuttgart, Dresden oder Mainz beugen sich die zuständigen Fachreferenten über die Vorlage, am frühen Morgen liegt ihren Regierungschefs eine Bewertung vor. In Baden-Württemberg etwa bespricht sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit seinem Koalitionspartner und seinem Staatskanzleichef, um damit in die Vorbereitung mit seinen Amtskollegen ohne Merkel zu gehen. Dort stellt sich heraus, dass ihre Linie jetzt voll mitgetragen wird,

Änderungswünsche bestehen nur in kleinen, aber sehr wichtigen Details der Umsetzung, die auch die Demonstranten auf Berlins Straßen betreffen: die betroffenen Branchen sollten besser 80 und nicht nur – wie jetzt beschlossen – bis zu 75 Prozent des Umsatzverlustes ausgeglichen bekommen. Auch der Bundestag soll die Entscheidung mittragen, auch wenn noch nicht ganz klar ist, wie. Denn sie ist hart, überaus hart.

Noch bevor sie überhaupt verkündet ist, wird klar, dass Merkel zwar die Ministerpräsidenten hinter sich scharen kann, aber viele wichtige Verbündete verliert. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die genau jene 150.000 Ärzte vertritt, die in ihren Praxen 19 von 20 Corona-Patienten behandeln, macht auf einer Pressekonferenz ausgerechnet an diesem Mittwoch gegen einen Lockdown à la Merkel mobil. Es sei falsch, „nur mit düsterer Miene apokalyptische Bedrohungsszenarien aufzuzeigen“, kritisiert ihr Chef Andreas Gassen gemeinsam mit Wissenschaftlern wie dem Bonner Virologen Hendrik Streeck. Die Ansage, dass mit einem vierwöchigen Lockdown die Feiertage relativ sorglos begangen werden könnten, hält der Hamburger Virologe Jonas Schmidt-Chanasit für albern: „Der Zeitpunkt Weihnachten ist aus Pandemie-sicht an den Haaren herbeigezogen.“ Das alles kommt einem Paukenschlag gleich.

Um 17.35 Uhr tritt Angela Merkel vor die Presse – zusammen mit Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder und Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller. Da ist kein Triumphgeheul, weil sich ihr Kurs durchgesetzt hat. Vielmehr spricht sie von einem „schweren Tag, weil wir wissen, was wir den Menschen zumuten“. Sie habe auch diejenigen im Blick, die sich nun um ihren Arbeitsplatz sorgen, aber es brauche nun eine „nationale Kraftanstrengung“, um das hohe Tempo der Virusausbreitung zu verlangsamen: „Wir müssen handeln, und zwar jetzt.“

Virologe hält die Voraussage über sorglose Weihnachten für albern.

WIR FEIERN 60 JAHRE
SEGMÜLLER STUTTGART

Online einkaufen auf **SEGMUELLER.DE**
70178 Stuttgart
Rotebühlplatz 1
Telefon: 0711/618018

Öffnungszeiten
Mo bis Fr: 10:00 bis 19:00 Uhr
Samstag: 09:30 bis 18:00 Uhr

Promotionsteam Friedberg. Alle Preise sind Abholpreise. Preise gültig bis 07.11.2020.
Segmüller Einrichtungshaus der Hans Segmüller Polstermöbelfabrik GmbH & Co. KG, Münchner Straße 35, 86316 Friedberg | 201130

SEGMÜLLER
WIR LEBEN EINRICHTEN